

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Der Abonnementspreis beträgt monatlich 4 Mark, vierteljährlich 12 Mark; durch die Post bezogen monatlich 5 Mark, vierteljährlich 15 Mark. — Für- und Geschäftsanzeigen jeder Art werden nicht aufgenommen.

Verantwortlich für den Inhalt: Carl Schudy; Druck: H. Hausmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich Bochum, Wittenberger Str. 38-42. Telefon-Nr. 83, 89 u. 98. Telegr.-Adr.: Mittelbundes Bochum.

Gegen die Verdächtigung der Bergarbeiter.

Wenn von den Bergarbeitern verlangt wird, daß sie Volkssolidarität in den Vordergrund stellen sollen, so können diese von den Volksgenossen schärfere Behandlung verlangen. Wie steht es damit? Die Unternehmerpreise ist unehrlich genug, die Bergarbeiter als die Preistreiber zu beschreiben. Jede Lohnforderung der Bergarbeiter löst eine Heiße gegen diese in allen Winkeln Deutschlands und selbst im Auslande aus. In der Unternehmerpresse fängt es in verdorbenen Form an und die kleinsten Winkelschreiber sorgen dann für das Notwendige. Unkenntnis und systematische Verfälschung schaffen eine Atmosphäre, die unerträglich ist. Zu bedauern ist nur, daß selbst in Arbeiterkreisen diese Unkenntnis besteht. Überall herrscht das Sprüchlein vor: „Die Kohle ist der Stoff, der Stoff wird immer teurer, deshalb auch die Preistreigerung.“ Natürlich sollen an allem die Bergarbeiter schuld sein, denn täglich wird der Öffentlichkeit vorgekauft, daß die Förderer nicht — durch die Schuld der Bergarbeiter — und, daß die Bergarbeiter immer wieder Lohnforderungen verlangen.“

Den Bergarbeitern muß erlaubt sein, sich gegen diese Verdächtigungen zu wehren.

Wie steht es nun zunächst mit der Leistung?

Im Jahre 1913 betrug die Förderleistung der Gesamtbelegschaft im Ruhrrevier (Unter- und Ueberlagersarbeiter) pro Kopf und Tag 902 kg. Im 1. Vierteljahr 1922 betrug diese Zahl 650 kg. Um die Absatzleistung (Verkaufsleistung) festzustellen, müßten 1913 6,50 und 1922 12,50 Prozent für Selbstverbrauch und Deputatkohlen von der Gesamtförderung abgezogen werden. Die Förderleistung für 1. Vierteljahr 1922 errechnen wir wie folgt: Absatz- oder Verkaufsleistung laut Angaben der Regierung pro Kopf und Tag: 560 kg. Hierzu Selbstverbrauch und Deputate, welche laut Angaben der Unternehmer 12,5 Prozent der Syndikatsförderung ausmachen, ergibt eine Förderleistung von rund 650 kg. pro Kopf und Schicht. In bezug auf die Schichtzeit unter Tage 8 1/2 Stunden, heute jedoch 7 Stunden beträgt. Die Schichtstundenleistung hat natürlich ihre Gegner und zwar ausschließlich nur solche, die ihren verheerenden Korbus nicht den Bergbauern auszusuchen brauchen. Um noch einen Vergleich heranzuziehen, soll auch die Stundenleistung der Unterlagersarbeiter angeführt werden. Diese betrug im Ruhrrevier pro Kopf im Monatsdurchschnitt 1913: 125 kg., im März 1922: 120 kg. Die Leistung ist somit gesunken und es kann nicht geleugnet werden, daß die Schichtverkürzung, infolge der relativen Arbeitszeitverkürzung, auch auf die Stundenleistung eingewirkt hat. Dies ist jedoch nicht die alleinige Ursache. Niemand kann ableugnen, daß der Bergbau heute noch unter den Kriegseffekten leidet und daß der Prozentfuß der eigentlichen Kohlengewinnung (Grunder) zur Gesamtbelegschaft heute viel niedriger steht als vor dem Kriege.

Und wie steht es nun mit der

Preistreiber durch Lohnforderungen?

Zunächst ein typisches Beispiel: In einer Gesellschaft kleiner Kohlenverbraucher wird heftig gegen die Kohlenpreise losgezogen und natürlich auch gegen die „unberechtigten“ Lohnforderungen der Bergarbeiter. „1500 Mark habe ich für die Tonne

Kohlen zahlen müssen im Monat Juni!“ vollert einer los. Als er gefragt wurde, ob ihm der Lohnanteil des Bergarbeiters hier bekannt sei, mußte er keine Antwort zu geben. Als dann erklärt wurde, daß hier von der Tonne nur 340 kg. bekannt, löste dieses das Erstaunen der Kohlenverbraucher aus. Es mußte ihm auch noch vorgerechnet werden, daß in dem Handelspreis nebst Steuern und Materialkosten auch noch Händlergewinn und Fuhrlohn stecken und daß letztere oft den Lohnanteil des Bergmanns übersteigen. Diese Unwissenheit wird nun von interessierten Kreisen gefördert, um eine Antipathie gegen die Bergarbeiter zu erzeugen.

Wie die Kohlen der kleinen Verbraucher verteuert werden, hierüber ein Beispiel: Im Monat Juli beträgt der Preis ab 3 eche für gewaschene Ruhr II pro Tonne 1625 Mk. Der Kleinverbraucher muß z. B. in Bochum dafür 2116 Mk. bezahlen. Händlergewinn und Transportkosten verteuern also die Kohle um 488 Mk. pro Tonne.

Wie sich heute der Lohnanteil des Bergmanns zum Kohlenpreis verhält, dazu folgende Zahlen: Die Tonne Vertiefkohle (Nichtpreis) kostet ab 3 eche 1208 Mk. Hiervon für

Löhne und Gehälter	Materialkosten	Steuern u. sonst. Abgaben
485 Mk. 40,2 %	323 Mk. 26,6 %	400 Mk. 33,2 %

Eine Demagogie und gemeine Lüge, die nur dazu angetan ist, um gegen die Bergarbeiter zu hetzen, leistet sich die rechtsstehende Presse (der Süddeutsche „Märkische Sprecher“ in Bochum vom 11. Juli und andere), wenn sie schreibt, daß heute schon „in den Kohlenpreisen ab 3 eche ein Lohnanteil von rund 60 vom Hundert“ stecken. Tatsächlich beträgt der Lohnanteil, wie vorstehend ersichtlich, nur 40 Proz. des Preises ab 3 eche. Es mag zutreffen, daß von dem Betrag, den die 3 eche für die Tonne Kohlen bekommt (Gesamtpreis) 60 Prozent an Lohn ausbezahlt werden. So stand der Prozentfuß aber auch schon vor dem Kriege, und das in der schlaender Weise dafür, daß der Bergmann seine Leistung nur so bezahlt bekommt, wie vor dem Kriege und daß alle Verdächtigungen bezüglich mangelhafter Leistung und höherer Löhne nur der Verleumdungsdunst entströmen.

Das Reich erhebt eine 40-prozentige Steuer, welche auf Grund des Zechenpreises — also der Summe, die sich aus Lohn- und Materialkosten und des Unternehmergewinns ergibt — festgesetzt wird. Zu dieser Steuer kommen noch 2 Prozent Umsatzsteuer und 12 Mk. für Rohmaterialzuschüsse hinzu. Ob diese Steuerpolitik richtig ist, bleibt dahingestellt. Es muß aber ausgemacht werden, daß diese Kohlensteuer die Kohlenpreise ungemein erhöht und gewissemassen Menschen den Bergbau für die „Preistreiber“ verantwortlich machen wollen. Die hohen Preise der Kohle, die heute infolge der Steuer schon das Hundertfache des Friedenspreises erreicht haben, treiben naturgemäß die Preise für alle Bedarfsartikel in die Höhe. Darunter leiden die Bergarbeiter am meisten. Ihre Löhne stehen noch auf der Hälfte des Weges. Dadurch entfernt sich ihr Einkommen immer mehr von der Grenze der Lebensmöglichkeit. Auch diese Entwertung des Einkommens hat ihre Grenzen und diese werden die Reichsregierung zu einer anderen Steuer- und Lohnpolitik zwingen. Hoffentlich ist es dann nicht schon zu spät.

Als die Tatsachen in den Fragen der Leistung sowohl wie der Löhne werden berücksichtigt von denen, die systematisch gegen die Bergarbeiter hetzen. Die Bergarbeiter sind nicht wissens, die Rolle eines Prügelknaben zu spielen, weil ihnen diese gar nicht zukommt.

Nachklänge und Wirkung unseres Erfolges.

Der Erfolg, den unser Verband erzielt, ist nicht nur ein materieller, sondern auch ein moralischer. Dadurch ist den Bergarbeitern geholfen und unsere Organisation hat eine innere Festigung erfahren, um die uns alle Gegner beneiden. Vielleicht steigt in den Köpfen des christlichen Gewerkschafts und der „Märkischen Zeitung“ — diese waren die Anführer im Kampf gegen den Verband, und die Zechenbesitzerpresse druckte nur deren Willen nach — jetzt die Erkenntnis auf, daß die angeblich treibende Kraft zur Massenfindung, der Radikalismus und Sozialismus, nur Phantasiegebilde ihrer Angstmäuler sind. Noch nie stand unsere Organisation so einig und gestiftet da, als nun nach diesem Erfolg.

Hieraus könnten manche lernen, besonders diejenigen, denen eine Produktionssteigerung ehrlich gemeint ist. Die Unternehmer sind es gewiß nicht. Die Vorgänge aus den letzten Monaten und Wochen sprechen Bände dafür. Die Forderungen der Bergarbeiter sind nicht restlos erfüllt. Wären aber auch diese jetzt erreichten Forderungen schon vor einem halben Jahre erfüllt worden, hätten die Bergarbeiter bestimmt auch über andere Dinge mit sich reden lassen. Es ging jedoch nicht, mit dem besten Willen nicht. Der Heuchelei der Unternehmer glaubte selbst die Reichsregierung. Jetzt haben sich die Bergarbeiter diese Forderungen ertröckelt — und es ging, ging sogar sehr schnell. Hieraus mag jeder die Lehre ziehen, daß es nicht notwendig ist, den Arbeitern zuzureden und sie dadurch von ihren erfüllbaren Forderungen abzuhalten, sondern den Unternehmer. Wer dieses nicht zu würdigen weiß, wird noch oft die kalte Schulter der Bergarbeiter sehen müssen.

Absolut falsch ist die Auffassung, daß der Konflikt keine Auseinandersetzung zwischen Arbeitern und Unternehmern, sondern eine solche „zwischen den Spezialinteressen der Bergarbeiter und den Gesamtinteressen der deutschen Volkswirtschaft“ sei. (Frankfurter Ztg. 11. a.) Eine solche Auffassung kann sich nur infolge Unkenntnis in der Kohlenwirtschaft und der tatsächlichen Zustände im Bergbau bilden. Was haben denn z. B. die Eingangsregelung, der Mindestlohn, die Lohnzahlungsstermine, der Arbeitsnachweis, die Deputatkohlen usw. mit dem Gesamtinteresse deutscher Volkswirtschaft zu tun? Was hat der Mantel-

tarif überhaupt damit zu tun? Was haben die Richtlinien zum Betriebsratsgesetz damit zu tun? Rein gar nicht benachteiligen diese Dinge das Volk, sie bilden lediglich Streitfragen zwischen Arbeitern und Unternehmern. Das Gegenteil ist die trübselige Tatsache: Die Bewilligung der Bergarbeiterforderungen liegt im Gesamtinteresse des deutschen Volkes — ausgenommen der Unternehmer. Durch Erweiterung der Betriebsdemokratie und Zugestehen borgenannter Forderungen, die dem Volk nichts kosten und zum Teil schon lange bestehen — Deputatkohlen — wird die Arbeitsfreudigkeit der Bergarbeiter gehoben! Das liegt doch im Interesse der Volkswirtschaft!

Wer es ehrlich mit der Volkswirtschaft meint, muß uns, d. h. die Bergarbeiter, im Kampfe gegen die Unternehmer unterstützen. Ein Unternehmer kennt kein Volksinteresse. Er leidet keine Schädte und fördert keine Kohle dem Volk zuliebe, sondern des Gewinns wegen. Sein Ziel ist nur der Gewinn, darunter mag die Volkswirtschaft zugrunde gehen. Die Bergarbeiter wollen nur einmal nicht mehr nur Mittel zur Ausbeutung sein, sie wollen auch Menschen sein. Einen Sklaven kann man mit der Peitsche antreiben. Einem freien Arbeiter kann man nur Lust zur Arbeit geben, wenn man ihn in seiner Menschenwürde unterstützt. Der Bergarbeiterverband hat keinen Kampf gegen das Volk geführt, sondern gegen die Unternehmer. Deshalb der Erfolg!

In Bergbaukreisen ist man gar nicht so neugierig, die Zahl der eingegangenen Kündigungszettel

zu erfahren. Man weiß, daß die Zahl vollkommen genügt, trotzdem die christliche Gewerkschaftsleitung als auch die Unionisten, auf welche doch die Unternehmer große Stücke halten, die Parole ausgeben, daß die Bergarbeiter nicht kündigen sollten. Das Berliner Stinnesblatt, die „Industrie- und Handels-Ztg.“, ist doch neugierig, die Zahl der abgegebenen Kündigungszettel zu erfahren. Wir haben keine Ursache, diese zu verschweigen. In Händen des Verbandes befanden sich Kündigungszettel von über 50 Prozent der Gesamtbelegschaft. Die Zahl des Strich-Unterstützten Gewerkschafts, der auch Zettel einzog, ist uns nicht bekannt. Gleichzeitig haben aber auch auf vielen Schachtanlagen die Kolen, die Unionisten und auch christliche Gewerkschaften die Kündigungszettel ausgefüllt und ihren Funktionären abgeliefert. Auch diese Zahlen sind uns nicht bekannt.

Hätten die Unternehmer nicht gewußt, welchen Erfolg unser Aufruf haben wird, wären sie keinen Schritt von ihrem Standpunkt zurückgewichen.

Die gegnerischen Organisationen

haben an ihren Parolen schwer zu tragen. Sie haben das Böse gewollt und das Gute geschehen. Wenn mancher von ihnen das Gehehene ungehehene machen könnte... doch — zu spät! „Der Besonnenheit wird es vermuthlich schwer, für die Schulden einzutreten, die die Stige gemacht hat.“ Nun, wir sind richtig genug, um die Grobheiten dieser schlechten Taktiker — wer schimpft, hat Unrecht — mit Geduld zu begegnen. Und: „Nach der Kraft gibt es nichts so Hohes, als ihre Beherrschung!“

Von dieser Warte ausblickend, können wir auch der Gewerkschaftsleitung die Naivität schenken, daß der Erfolg nur deshalb zu verzeichnen ist, weil die Unternehmer jetzt vor der Kündigung ihr gutes Herz entdeckt haben und weil diese Zeitung so sehr klug taktiert hat. Unseren Stürmern, die doch wohl lieber ein kräftigeres Wort hören, möchten wir sagen, daß auch sie mit den christlichen Kameraden sachlich reden sollen. Eine sachliche Auseinandersetzung schafft bessere Aufklärung als eine gehässige. Wo auch die christlichen Kameraden mit obigen Argumenten ihrer Zeitung entgegengetreten, so fragt sie, ob sie wirklich selbst diesen unnatürlichen Widerspruch glauben.

Die Gelsenkirchener Revolutionsgeneräle

Von der Union wollen wir auch nicht zu sehr auf den Boden kommen. Noch nie haben „Organisationsleiter“ eine kläglichere Rolle gespielt als diese jetzt. Sie sind hart getrafft. Ihr geistiges Erzeugnis haben sie jetzt wirklich aus dem Aufruf des Gewerkschaftsvereins übernommen. Dasselbe Geier von Nichtbeachtung der anderen Organisationen usw. Nun, die Kumpels aus den Betrieben, d. h. die „Handarbeiter“, haben das geistige Erzeugnis ihrer „Kameraden“, jenseitig über den Streik, nicht ausstellen, sondern einstampfen lassen. Das ist ein Nichtbist! Vorehrung predigten diese Leute den Kampf, und als die Sache ernst wurde, begünstigen sie sich mit Paroleausgaben, jeden Tag ein paar neue. Vor lauter Parolen wußten die Unionisten den Seereisengenen nicht, was sie machen sollten. Wie das kommunistische „A u h e r e o“ feiert, einigte sich selbst das große revolutionäre Hauptquartier in Gelsenkirchen aufeinander, und nun haben zwei Generäle gegenseitige Parolen aus, wohl nur, um sich gegenseitig zu ärgern. Und nun erit die Parolen im Revier...! Gerade das arbeitsame Spiel, Zeit und Papier und für solche Entenbiedungen zu verschwenden.

Unseren Kameraden noch ein ernstes Wort. Es gibt immer noch einige, welche ein Zusammengehen mit der Union befürworten. Haben sie auch in dieser Bewegung nicht eingegeben, daß dies vorläufig nicht möglich ist? Der Union fehlt jedes Fundament einer Organisation. Durch unsere letzte Bewegung ist ferner ein ernstes Konflikt zwischen der RPD und den Unionisten ausgebrochen. Es steht deshalb zu erwarten, daß die Union neue Umgestaltungen durchmachen wird. Als Mitglied der Moskauer Roten Gewerkschaftsinternationale hat sie die vorgezeichneten, eng umgrenzten Wege Moskaus zu gehen. Die Unionisten, besonders ein Teil der „Führer“, weigerten sich und revolutionisierten. Die Kommunisten haben bereits die große Wädicke angelegt, und wer weiß, wie die Sache ausfällt.

Also überlegt es, Kameraden, ihr wenigen noch, die ihr noch nicht kuriert seid: sollen wir uns mit einem solchen Grundstahl- und bodenlosen Organisationsgebilde verbinden? Gewiß, es steht dem nicht im Wege, daß die Kameraden der Union zu uns kommen, uns aber mit der Union zur Interessengemeinschaft zu finden, nein, zum mindesten ist die Sache noch verfrüht. Erst muß man die Grundlage einer wirklichen Organisation legen.

Die Leute reden viel von der Einheitsfront. Hier ein Beispiel davon: Unsere Bewegung war schon im Gange, als am 7. Juli die „Union“ einen Leitartikel brachte, überschrieben: „Die Arbeitszeit im Bergbau.“ Unter gemeinten Bedingungen der Verbandsangehörigen als „Sandlanger des Grubenkapitals“ wird dort gesagt, daß im Ruhrrevier die Gewerkschaftsführer mit den Zechenbesitzern die Kündigungen nicht bereinbaren, und daß wir das von der Union angebotene gemeinsame Vorgehen abgelehnt hatten mit der Begründung, daß die Ueberstunden nur für einige Wochen gedacht seien. Ihr Kameraden des Ruhrreviers und auch ihr Leiter der „Bergbau-Ztg.“ wußt doch alle, daß dies vollkommen erlogen ist. Bort für Wort erlogen! Gegen den Willen des Verbandes und unter unserem Protest führten dort die Zechen die Ueberstunden ein und die Kameraden fügten sich. Die Union ist gar nicht an uns herangetreten, konnte also diese blöde Antwort auch nicht erhalten. Diese „Menschen“ behaupten das aber, und was ist da zu machen? Wir können sie charakterlose Schabracken nennen, um ihnen vor Gericht den Beweis zu ermögliken, sie geben aber nicht darauf ein. Solche moralische Abfertigung ruft sich an ihnen ab, ohne zu helfen.

Seht, so verstehen die Leute die Einheitsfront. Sind deren Reden davon zu nehmen?

Die Wirkung unseres Erfolges ist eine glänzende. Als dieser und der Ausgang unserer Konferenz bekannt wurde, gab es zu beiden Seiten lange Geächter. Die Bürgerkriegspropheeten und Aufer nach Militär gaben ihre Propheetengabe auf und die Linksradikalen schlossen ihren nimmermüden Mund: „Ich verstehe die Welt nicht mehr.“

Auch die kapitalistischen Goldschreiber, welche bürgerliche und Unternehmerblätter gegen gutes Geld vollschreiben, werden wohl gelernt haben. Offentlich haben sie gefunden, daß zur Beurteilung der Wirtschaftslage und einer solch großen Organisation wie unser Verband ist, mehr gehört als nur eine gut bezahlte Stellung bei einem kapitalistischen Interessenblatt.

Tagebau, Holsarbeiter 178 M., Hölzerleute 178 M., Bohr-
hammerführer 1 M., Bohrhammer pro Schicht.
Stüttenbetrieb, Stüttenleute über 20 Jahre 178 M.,
Jugendliche bis zum vollendeten 15. Lebensjahre 64 M., 16
J. 76 M., 17 J. 96 M., 18 J. 118 M., 19 J. 142 M., 20 J.
160 M.
Arbeiterinnen bis zum vollendeten 16. Jahre 54 M., 20
Jahren 76 M., über 20 J. 106 M.
Handwerker im ersten Jahr nach der Lehre bis zum vollendeten
18. Jahre 118 M., 19 J. 144 M., 20 J. 160 M., über 20 J. 180 M.
Lehrlinge im ersten Lehrjahr 50 M., im zweiten 60 M., im
dritten 70 M.
Das Kindergeld beträgt für jedes unter 14 Jahre alte unter-
haltungsbedürftige Kind 2 M. pro Schicht.
Mit den Verhandlungen über die Gestaltung der Zulassungen war
verknüpft die Einführung der Gedingearbeit im Thüringer Schie-
ferbergbau. Dieses Verlangen ist von den Unternehmern bei Einführung
unserer Lohnforderung für Juli als Gegenforderung aufgestellt und be-
gründet worden, daß die Industrie Gefahr liege, der Konkurrenz
der rheinischen sowie auch der ausländischen (Euremburg und
Belgien) zu unterliegen, da diese ihre Produkte im Preise be-
deutend unter denen der thüringischen Schieferindustrie auf den Markt bringe-
ren. Dies sei möglich, als bei der Konkurrenz eine höhere Produktionskraft
erreicht würde, weil letztere im Rheinland alle Arbeiten in der Gewinn-
nung wie auch in der Fertigung im Gedinge ausgeführt würden. Dem-
gegenüber sei die Förderung im thüringischen Schieferbergbau gestunken.
Mit der Frage der Einführung der Gedingearbeit hatte sich vor
den Lohnverhandlungen bereits die laut Tarifvertrag eingeleitete par-
itätliche Kommission beschäftigt. Das Ergebnis dieser Kommissions-
beratungen ist in einer gefassten Erklärung zum Ausdruck gekommen,
in der die grundsätzliche Zustimmung der Arbeitervertreter zur Ein-
führung der Gedingearbeit unter der Voraussetzung, daß die tarifver-
traglichen und gesetzlichen Bestimmungen eingehalten sind, gegeben wird,
daß die Betriebsverhältnisse mitzuwirken haben.
Bei den Lohnverhandlungen erklärten die Arbeitgebervertreter, den
Spitzenführer vom 1. Juli ab um 26 M. je Schicht zu erhöhen, wenn
die Gedingearbeit die Erklärung abgegeben, daß diejenigen Arbeiten im
Schieferbergbau, die sich dazu eignen, auf Wunsch der Betriebsleitungen
und nach Anhörung der gesetzlichen Arbeitervertretung im Gedinge aus-
geführt werden. Die Verhandlungskommissionsmitglieder von unserer
Seite haben sich bereit erklärt, für die Annahme der unverbindlichen
Vereinbarung einzutreten, daß die Förderung der Arbeitgeber, die Er-
höhung der Betriebsleistungen durch die Zustimmung zur Gedingearbeit
in den Fällen, wo es die Verhältnisse erfordern und zulassen, ange-
nommen wird. Die eingangs genannte Konferenz hat nach langer,
ardüßlicher Aussprache das oben skizzierte Verhandlungsergebnis an-
genommen.
Im thüringischen Schieferbergbau besteht bereits Gedingearbeit,
vorwiegend wird sie ausgeführt von Stollenarbeitern, Zuschneidern,
Verladern u. a. Durch die gegebene Zustimmung kann sie auch dort
eingeführt werden, wo sie noch nicht besteht, wenn die Verhältnisse es
erfordern und zulassen. Die Erhöhung der Betriebsleistungen hängt
aber nicht immer ab von der Mehrbelastung der menschlichen Arbeits-
kraft, sondern im höchsten Grade auch von der Einführung und Ver-
vollständigung technischer Betriebsmittel und deren größtmöglicher
Ausnutzung. Deswegen haben die Betriebsräte in erster Linie darauf
ihre Augenmerk zu richten, daß dieser Tatsache in weitestgehendem Maße
von den Betriebsleitungen Rechnung getragen wird. Sie selbst müssen
geeignete Vorschläge unterbreiten.
Der Behauptung der Unternehmer, daß eine rückläufige Förderung
zu bezweifeln sei, können wir zahlenmäßig nicht beugen. Das eine
muß aber gesagt werden, nämlich, daß die Verhältnisse sich nicht als
haupteingestrichen hinstellen lassen. Ehe aber eine Betriebsvertretung ihre Zu-
stimmung zur Einführung der Gedingearbeit geben kann, wird sie das
vom Unternehmer vorzulegende Material als einwandfrei betrachten
müssen, womit die Erhöhung der Betriebsleistungen durch Gedingearbeit
begründet wird. Von den Betriebsvertretungen wird es abhängen, wie
hoch der Anteil an der Mehrleistung in materieller Hinsicht den Beleg-
schaften zugute kommt.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.
Eine Organisation zur Bekämpfung der Weltanschauung.

Ja, lieber Leser, da staunt du! Du warst bisher der Meinung,
daß unter Weltanschauung die Ansichten, Gedanken, Vor-
stellungen und Ideen des Menschen über Wesen
und Bedeutung des Weltgeschehens zu verstehen sind. Du
warst der Meinung, daß ein Mensch nur dann seinen Daseinszweck er-
füllt, wenn er sich überhaupt Gedanken um das Weltgeschehen macht,
also eine Weltanschauung hat. Einen anderen Menschen, ohne diese
Gedanken, hieldest du für einen leeren Sack, für eine mitleidige Natur-
schöpfung. Es soll nicht so sein. Vermutlich die neue Lehre:
Am 2. Juli lagte in Halle der 2. Mitteldeutsche Bezirkskongress des
Reichsverbandes deutscher Bergbauangehöriger, wo der Führer dieser
„Organisation“, ein Dr. Herweggen, eine be-
deutungsvolle Rede gehalten hat, welcher wir nach der „Vollständigen Ztg.“
vom 4. Juli 6. J. folgende wesentliche Punkte entnehmen:
„Die Weltanschauung ist die Grundlage der gesamten menschlichen
Wirklichkeit. Weltanschauungsverbände, Weltanschauungs-
verbände, Schichtverbände, Berufsverbände, Arbeiterverbände
eingehen um den Sieg. Die Weltanschauung bedarf der Macht, und die
Macht wird geschaffen durch die Konkurrenz, den Kampf. Heute
sind die wichtigsten Forderungen Einheit und höchste Arbeitsmöglich-
keit in der Wirtschaft. Dazu ist nur die Beseitigung der
alten Berufsverbände und Weltanschauungs-
verbände durch Fachverbände geeignet. Das Gebot
der Arbeitsteilung, die Notwendigkeit, die Einheit zu wahren durch
Aufschaltung trennender Momente, verlangt eine strenge Trennung
zwischen Weltanschauung und allgemeiner Politik. Die Weltanschauung
haben sich auf ihr ureigenstes Arbeitsfeld zu beschränken. Wirtschaft-
fragen, die Wirtschaft der Gegenwart und die Wirtschaft der Zukunft,
lassen sich nicht lösen von der einseitigen Betrachtung der Materie
aus, der Produktionsmittel.“
Kurz und gut: Soll dem Volke geholfen werden, dann müssen wir
die „Berufsverbände und Weltanschauungs-
verbände“ abschaffen und durch „Fachverbände“, wie z. B. Dr.
Herweggen seiner ist, ersetzt werden. Mit anderen Worten: Die
Weltanschauung soll durch Weltanschauungslosigkeit beseitigt werden,
das Volk soll glücklich werden durch Menschen, die sich keine Gedanken
haben und diese als ein Uebel hinstellen.
Viele Leute befragen sich auch noch, daß wir sie nicht nehmen.
Nein, Menschen mit einer Weltanschauung, nach der die Weltanschauung
den Menschen schädlich ist, nehmen wir nicht ernst. Nach unserer
Meinung sind Menschen „und Wirtschaft“ und Wirtschaftfragen sowie
Ansichten über das Wesen des Weltgeschehens so eng
zusammen verflochten, daß weder der Einzelmann noch eine wirtschaft-
liche Organisation diese Dinge getrennt behandeln oder über Bord wer-
fen kann. Die Einheit in den Zusammenhängen des Weltgeschehens und
der vor dieser Einheit sich naturgemäß ergebende Mitleid, d. h. nach dem
Sinn des Daseins gemäß zu verhalten und zu betätigen, bestimmen
erst die Werturteile eines Menschen und somit auch die Werturteile
einer Organisation. Herr Dr. Herweggen und sein Anhang
berichten darauf, Einheit in das Weltgeschehen zu nehmen und sich
dementsprechend zu verhalten, die Konsequenzen daraus zu
ziehen — Bekenntnis zu den Tag zu legen. Wie nennt man solche
— Männer?

Internationale Rundschau.
Vom Kampfplatz der amerikanischen Bergarbeiter.

Ueber die Streikfrage der amerikanischen Bergarbeiter, wie sie Ende
Juni 1922 stand, berichtet der Präsident des Internationalen Gewerk-
schaftsbundes folgendes:
Die Arbeiterverbände Amerikas nehmen so schnell ab, daß die ameri-
kanischen Industrien, die Eisenbahnen inbegriffen, dieselben in 7 bis
10 Wochen erschöpft haben werden. Angesichts dieser Tatsache versucht
Präsident Harding, der ersten Tage womöglich ein Ende zu bereiten.
Die von den Eisenbahnen im Umlauf gesetzte Belangenliste, daß die
gesamten zur Verfügung stehenden Vorräte sich auf weniger als
7 Millionen Tonnen belaufen, von denen täglich 145 000 T. verbraucht
werden, und ihre Reserven innerhalb 7 Wochen erschöpft sein dürften,
wirkte vielleicht mehr als alles andere als ein Alarmglocke.
Für alle anderen Industrien ergibt sich eine ähnliche, ernste Situa-
tion. Man schätzt die für die zur Verfügung stehenden Rohstoffe
auf nur 15 Millionen Tonnen. Während pro Woche ungefähr 5 Mill.
Tonnen Kohle gefördert werden, würden von allen Industrien von den

vorhandenen Vorräten während jeder Woche des Streiks etwa 3 500 000
Tonnen verbraucht.
In einer am 26. Juni abgehaltenen Konferenz mit Davis, dem
Staatssekretär für die Arbeit und Präsident John V. Lewis von den
vereinigten Bergarbeitern Amerikas machte Harding den ersten Ver-
juch, der herannahenden Krisis zu begegnen.
In der Konferenz zeigte es sich, daß Präsident Harding zunächst
besonders an der Frage der Stabilisierung der ganzen Steinkohlen-
industrie interessiert ist. Ein Mitglied der Regierung machte einen Vor-
schlag, wonach dieses Ziel dadurch erreicht werden könnte, daß zunächst
einmal vom amerikanischen Kongress eine genaue Erhebung durchgeführt
wird, d. h. es soll eine Preisumstellung geschaffen werden, die gegen-
über den Bergwerken die gleichen Funktionen zu erfüllen hat, wie die
„Interstate Commerce Commission“ gegenüber den Eisenbahnen. Dem-
zufolge würde das Land in Debatte eingebracht, wodurch die Pro-
duktion und der Absatz erleichtert und der Mißbrauch von allgemeinen
Steuern abgemindert werden könnte.
Die Arbeiterführer sind gegen diesen Plan eingenommen, und zwar
zunächst einmal deshalb, weil sie gegen die Regierungskontrolle sind.
Sie bestehen auf der Erhaltung folgender Prinzipien:
1. Der Präsident soll ein Datum für die Abhaltung einer gemeinsamen
Konferenz der Vertreter der Grubenbesitzer und Arbeiter festlegen.
Er soll beide Parteien haben in Kenntnis setzen, daß er mit ihrer
Teilnahme an der Konferenz sicher rechnen wird.
2. Die Konferenz soll so lange tagen, bis sie eine Lösung für den
gegenwärtigen Mißstand gefunden hat.
3. Wenn die Frage der gegenwärtigen Streiks erledigt ist, so soll
der Kongress ein Gesetz annehmen, welches die Bildung einer Kom-
mission anordnet, die nach der Art, wie die beiden Parteien den
Streik vorzuziehen und Angaben zu beschaffen, um eine Erhebung zu
ermöglichen, die das Grundproblem von Grund auf behandelt.
Ueber die Konferenz im „Reichen Haus“ sagte Lewis: „Der
Staatssekretär für die Arbeit und ich diskutierten ungeschäftlich während
anderthalb Stunden mit dem Präsidenten die gegenwärtige Lage in der
Steinkohlenindustrie und die Situation. Wir bekannten das Problem
der übermäßigen Ausbeutung in den Steinkohलगruben und der über-
mäßige großen Zahl der dort beschäftigten Arbeiter. Desgleichen be-
kümmerten wir uns mit dem Umstand, daß die Arbeiter nicht regelmäßig
beschäftigt werden können. Endlich behandelten wir die verschiedenen
die Stabilisierung der Steinkohlenindustrie betreffenden Fragen.“
Nach der größten Beschlüssen in der Steinkohlenindustrie haben
in mehreren Gebieten Gruben im Betrieb, einzelne in Heben und mehr
Gruben. Es wird nicht, angenommen, daß sie für einen Distrikt Ab-
kommen eingehen, durch die sie sich in anderen Distrikten zu ihrem Nach-
teil finden würden. Wir haben auch die Möglichkeit einer gemeinsamen
Konferenz von Vertretern der Grubenbesitzer und Bergleute ins Auge
gefaßt, ferner die Möglichkeit bei der Reorganisation von gemeinsamen
Distriktskonferenzen oder einer großen nationalen Konferenz.“
Die Streikfrage, so führte Lewis aus, ist unverändert, abgesehen
davon, daß die Gefahr der Kohlennot schnell vorüber ist. Die Lage
auf dem Kohlenmarkt ist schon ernst und wird immer ernster werden.
Nach dem 1. Juli, wenn die niedrigen Frachtsätze eingeführt werden,
werden gewaltige Mengen Kohle auf den Markt kommen, die durch die
bestehende Produktion der Welt nicht gedeckt werden können. Es wird
keine Kohlen geben. Wenn der Streik nicht sehr bald beendet wird,
werden die Eisenbahnen nicht mehr in der Lage sein, selbst die jetzt
produzierten Mengen zu transportieren. Jedermann wird sich davon
Rechnung geben können.
Die Antragskonferenzen an der atlantischen Küste werden mit
der Tatsache zu rechnen haben, daß ein Viertel der Jahresproduktion
nur noch vor sich ist und nicht mehr ersetzt werden kann. Dies bedeutet,
daß die Konferenzen dieses Gebietes sich ein Quantum von Steinkoh-
le beschaffen müssen, das einem Viertel des nationalen Bedarfs an
Antragskohle entspricht. Dies ist eine gewaltige Menge und es ist
nur ein Rest der Kohlen. Auf die Frage, ob es möglich
wäre, daß die Arbeit in Erwartung der Fertigstellung einer Lösung
des Konfliktes aufgenommen wird, antwortete Lewis, daß man dies
nicht tun werde, daher die Bergleute auf einer gemeinsamen Konferenz
ein Vorgehen einleiten müssen. Er macht auf das Beispiel der
Streiks in Alabama und Wingo aufmerksam, wo die Verbände für die
ganze Industrie einen Zwangsbruch angenommen hatten, dessen Durch-
führung die Unternehmer in beiden Gebieten nach Einstellung des
Streiks von 1919 bezeugten.

Knappschäftliches.
Der Reichsknappschäftsgesetzentwurf im Reichswirtschaftsrat.

Am 14. Juli ist im Reichswirtschaftsrat der Reichsknappschäftsgesetz-
entwurf über den knappen Reichsknappschäftsgesetzentwurf ver-
handelt worden. Bekanntlich handelt es sich um den Entwurf der von
einer vom Reichswirtschaftsrat am 30. Oktober 1919 eingesetzten
Vergleichungskommission ausgearbeitet, vom Reichsarbeitsministerium ohne
Änderung angenommen und im April d. J. dem Reichswirtschaftsrat
zur Begutachtung zugeandt wurde. Der Verhandlung im Reichswirtschafts-
rath ging eine Vorberatung des Entwurfs in dem Arbeits-
ausschuß vor, der dem Reichswirtschaftsrat am 1. Juli d. J. eingeleitet
hatte. Im allgemeinen erklärte sich der Reichswirtschaftsrat mit
dem Entwurf einverstanden, doch wurden auch einige für die Berg-
arbeiter wesentlichen Änderungen vorgenommen, die der Arbeitsaus-
schuß vorbrachte. So ist z. B. die Altersgrenze, bis zu welcher ein im
Grubenbetrieb tätiger Arbeiter in den Knappschäftsbereich aufgenom-
men werden mußte, vollständig weg. Nach den bisherigen Bestim-
mungen des Entwurfs konnte nur in besonderen Fällen ein über 40
Jahre alter Arbeiter Mitglied werden, wenn er erst in diesem Alter
Grubenarbeit aufnahm. Man hat die Altersgrenze deshalb aufgehoben,
um dem Bergbau seine brauchbaren Arbeitskräfte zu erhalten. Als
weitere Verbesserung kam die Bestimmung in Frage, daß das Wochen-
geld bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres für Kinder von In-
habanten bis zur Vollendung des 17. Lebensjahres gezahlt werden muß,
wenn die betreffenden Väter oder Mütter von Invalidität nicht befreit
sind oder erwerbsunfähig sind. Besonders wichtig ist die neue Fassung
des § 20 des Gesetzes, nach welchem die sogenannte Altersrente ge-
wahrt werden sollte. Dieser Fassung ist, daß die Zahlung bestimmter
bestimmter Gruppen von Mitgliedern nach Zurücklegung eines
bestimmten Lebens- und Dienstalters auf Antrag die Berufsunfähigkeit
angenommen werden muß, sobald und solange die Mitglieder ihre Be-
rufsunfähigkeit aufgeben und keine gleichwertige Lohnarbeit verrichten. Jetzt
ist folgende Fassung vorgeschrieben: Berufsunfähigkeit ist auf Antrag
dann anzunehmen, wenn der Versicherte 30 Lebensjahre und außerdem
25 Dienstjahre in der Berufsunfähigkeit zurückgelegt hat, sofern und solange
er keine gleichwertige Lohnarbeit verrichtet. Die Wartekzeit, von der an
das Mitglied rentenbezugsberechtigt wird, ist auf 36 Monate festgesetzt
worden, im Einzelfall beträgt sie 48 Monate.
Bezüglich der Krankenkassen heißt es, daß in jedem Reichsknapp-
schaftsbereich ein Reichsknappschäftskrankenkasse bestehen muß. Be-
sondere Krankenkassen müssen in ihren Leistungen den Leistungen der
Reichsknappschäftskrankenkasse mindestens gleich sein. Im Prinzip er-
klärte man sich auch für die freie Verteilung, doch ist von einer Rege-
lung dieser Frage abgesehen worden, weil sie in einer Novelle zur
Reichsversicherungsordnung allgemein geregelt werden soll.
Die Wahlen der vertretenden Vertreter zu allen Organen des Reichs-
knappschäftsbereichs und der Reichsknappschäftsbereiche werden nach der
Verhältnismäßigkeit erfolgen. In die Verwaltung des Reichsknappschäfts-
bereichs soll für jeden Versicherungsbereich von der Reichsarbeits-
gemeinschaft des Bergbaues ein Arbeitervertreter entsandt werden, des-
gleichen einer in jedem Reichsknappschäftsbereich. Die Unternehme-
rvertreter wandten sich gegen diesen Antrag, doch ist er mit 15 gegen
10 Stimmen angenommen worden. Nach dem Beschluß des Ausschusses
sollen auch die Knappschäftsbereiche nicht Staatsbeamte werden, wie
der Entwurf es vorsch, und dagegen sich die Angehörigenverbände, die
auf freigeschäftlichem Boden stehen, mit aller Energie wandten,
sondern ihre Anstellung erfolgt auf Privatvertragsvertrag. Der Gesamt-
entwurf mit den beschlossenen Änderungen wurde mit 13 gegen 9 Stim-
men angenommen. Man beschloß auch, beim Vorhande zu beantragen,
daß der Entwurf sofort dem Reichstage überwiesen wird.

Ein christliches Flugblatt.

Der christliche Gewerksverein hat in den letzten Tagen ein
Flugblatt herausgegeben, in welchem versucht wird, die christliche Falsch-
heit als die allein richtige hinzustellen. Selbstverständlich sind darin alle
Erfolge nur auf die vom christlichen Gewerksverein eingeschlagene Falsch-
heit zurückzuführen. Daß die Falschheit des Verbandes als falsch und gewiss-
los bezeichnet wird, kann bei der bekannten Agitationsmethode des

christlichen nicht übersehen. Von neuem wird behauptet, daß der
Verband seine Beschlüsse gefaßt habe, ohne sich mit den anderen Ver-
bänden in Verbindung zu setzen. Unserem Kameraden Süßmann
wird vorgeworfen, daß er am 27. Juni dem Gewerksvereinsbeamten
Steger im Landtage nichts von dem Beschluß der Verbandsektion
gefaßt habe. Gegenüber allen solchen Behauptungen stellen wir noch
einmal folgende Tatsachen fest:
1. Die Verhandlungen über den Manteltarif hatten sich monatelang
hingezogen, ohne ein befriedigendes Ergebnis zu zeitigen. Eine Organi-
sation, die dann noch sagt, daß die Verhandlungsmöglichkeiten nicht
erschöpft wären, kann als Komplexorganisation ruhig abhandeln, denn
sie ist gewillt, allen entscheidenden Kämpfen aus dem Wege zu gehen.
2. Der Vergarbeiterverband ist eine selbständige Organisation und
hatte seine Sitzung das Recht, über die einzuschlagende Falschheit auszu-
sprechen. Dies ist am 25. und 26. Juni in Berlin
geschehen. Am 25. Juni wurde die Ueberarbeit- und Lohnfrage in
der Reichslohnkommission erledigt. Die Ueberarbeit wurde abgelehnt
und das Lohnabkommen angenommen. Gleichzeitig wurde die Organi-
sationsleitung beauftragt, gemeinsam mit den anderen Verbänden neu-
er Lohnforderungen zu stellen. Zu diesem Zwecke wurden die anderen
Verbände beauftragt zur Besprechung der Lage auf Mittwoch, den 28.
Juni, zu einer Sitzung eingeladen. In der Konferenz des Gesamt-
verbandes und der Bezirksleiter am 28. Juni wurde die Lage im Ruhr-
gebiet nach den wiederholten vergessenen Tarifverhandlungen be-
sprochen. Es wurde dann beschlossen, daß den anderen Verbänden,
der Vorschlag gemacht werden sollte, im Ruhrgebiet energische Schritte
zu unternehmen und die Massenklündigung zum 15. Juli vorzubereiten.
Dieser Vorschlag ist den anderen Verbänden am 28. Juni in Essen
unterbreitet worden. Gleichzeitig wurde die Notwendigkeit, in der Lohn-
frage erneut Schritte zu unternehmen, dargelegt.
3. Am 27. Juni wurde unter Vorsitzender Süßmann von den
Kollegen Wismann und Werner im Lesesaal des Landtages auf-
gefaßt und zu einer wichtigen Besprechung getreten. Als Süßmann
den Lesesaal verlassen wollte, trat er mit Steger zusammen. Es
entschied ein kurzes Gespräch über die beiderseitigen Konferenz-
beschlüsse in Bezug auf Ueberarbeit und Lohnfrage. Das Gespräch
wurde aber frühzeitig abgebrochen, da die Kollegen Wismann und
Werner zur Eile mahnen ließen. Aus diesem Grunde hat Süßmann
gegenüber Steger keine Mitteilung von dem Abnichtigungsbeschluss ge-
macht. Jedenfalls hat der Vergarbeiterverband, bevor er diesen Vor-
schlag der Öffentlichkeit übergab, den anderen Verbänden in der ge-
meinsamen Sitzung am 28. Juni über die Vorschläge Bericht erstattet
und zum gemeinsamen Vorgehen aufgefordert.
4. Trotzdem der Gewerksverein am 25. Juni beschlossen hatte, daß
neue Lohnforderungen gestellt werden sollten, hatten weder Steger noch
die Gewerksvereinsvertreter Kötter, Töbele, Wegener, Wehnert und an-
dere den Verbandsvorstand am 27. und 28. Juni etwas davon ge-
sagt, daß Imbusch am 28. Juni in der Reichslohnkommission einen
Vorschlag in der Lohnfrage unterbreiten wollte. Wir fragen deshalb:
Weshalb ist dies nicht geschehen? Weshalb hat Steger dies am 27.
Juni Süßmann nicht gesagt? Weshalb haben Imbusch und Ste-
ger am 28. Juni die anwesenden Verbandsvorstände Jansche,
Wagner und Ruyke nicht vorher in Kenntnis gesetzt oder bean-
tragt, daß die Sitzung auf kurze Zeit vertagt und eine vorherige Ver-
ständigung herbeigeführt wurde?
5. Es ist selbstverständlich, daß in der gemeinsamen Sitzung am
28. Juni noch keine endgültigen Beschlüsse gefaßt werden konnten und
daß die Vorstände der anderen Verbände erst zu den Verbandsvorsitz-
gen Stellung nehmen mußten. Jedenfalls wurde in dieser Hinsicht
gehandelt, daß diese Zustimmung bis zum 1. Juli erfolgt sein werde.
Ein besserer Weg wurde auch nicht von den anwesenden Gewerksvereins-
vertretern vorgeschlagen.
6. In der Reichskonferenz am 29. Juni ist der Vorschlag der Ver-
bandssektion mitgeteilt worden und wurde dieser gutgeheißen und dem
Vorstand das Vertrauen ausgedrückt und Generalvollmacht erteilt.
7. Die Verhandlungen am 11. und 12. Juli würden wieder ein
solch mageres Ergebnis zeitigen haben wie früher, wenn der Verband
die Klündigungssaktion nicht unternommen hätte. Nicht durch das Nach-
sehen des Gewerksvereins um neue Verhandlungen sind die Unter-
nehmer zum Nachgeben gebracht, sondern durch die Klündigungssaktion
der freien Gewerkschaften.
8. Wenn unter Vorsitzender Süßmann an den Verhandlungen
am 11. und 12. Juli nicht teilgenommen hat, dann aus dem Grunde,
weil am 11. Juli im Reichslohnkommission die Schlussabstimmungen
über die Beizüge zum Schutze der Republik stattfanden und die An-
wesenheit jedes Republikaners notwendig machte. Jedenfalls haben die
Verbandsvorstände Schmidt, Martens, Reier usw. die Interessen der
Ruhrbergleute wirksam vertreten, wie der anwesende Gewerksvereins-
vorstand Imbusch.
9. Wenn in dem Flugblatt dann gesagt wird, daß der Verband
gemeinlos gehandelt habe und eine Organisation, die nicht alle Ver-
handlungsmöglichkeiten erschöpft habe, nicht ernst genommen werde,
so sei dem gegenüber gesagt, daß wir mit denselben Worten
die Falschheit des christlichen Gewerksvereins bezeichnen können.
Eine Organisation, die im Statut den Streik als gewerkschaftliches
Kampfmittel bezeichnen, es aber ablehnt, nach langem, unbefriedigtem
Verhandeln die Klündigung vorzubereiten, die dann den Verband, der
zu diesen gewerkschaftlichen Mitteln greift, in einer wüsten Agitation
berücksichtigt, handelt im Interesse der Vergarbeiter gewissenlos und kann
als Arbeiterorganisation nicht mehr ernst genommen werden.

Aus dem Kreise der Kameraden.
Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Den vielen Anfragern
sei mitgeteilt, daß das neue Gedichtbuch „Meine Seele singt!“
von unserem Dichter Viktor Kalinowski erschienen ist, von dem
also, welcher immer in der „Vergarbeiter-Zeitung“ dichtet. Eine aus-
sagefähige Besprechung des Buches finden die Kameraden auf der zweiten
Seite dieser Zeitung. Die Mitglieder mögen das Buch bei ihren Or-
derungen beisteuern, welche daselbst, weil es so weniger Porto kostet,
gleich in größeren Mengen von unserer Buchhandlung beziehen können.
Josef Siebert
Schon wieder hat der Schmetterling in die Reihen unserer besten,
stärksten und erprobtesten Kämpfer eine fähige Wunde gerissen. Am
17. Juli, abends gegen 11 Uhr, hat der Knappschäftskämpfer Josef
Siebert durch Sturz in einen Senkgraben sein Leben
lassen müssen. Obwohl erst 46 Jahre alt, gehörte er doch schon über
26 Jahre unserem Verbande an. Am 1. Mai 1896 trat Kamerad Siebert
in Gelsenkirchen in den Verband ein. Hat dann unermüdet
23 Jahre lang die Geschicke der Zahlstelle vertreten. Als Ver-
trauensmann geleitet. Dieses hat ihm den Dank und die Achtung der
Kameraden erworben. Sein Andenken werden wir in Ehren halten.
Josef Siebert

Heinrich Salchowsky

Am 12. Juli wurde einer der besten aus unserer Zahlstelle durch
Unglücksfall auf Zeche Wassen III/IV aus unserer Mitte gerissen. Seit
langen Jahren Mitglied des Verbandes, hat er immer in den vorbereiten
Reihen mitgewirkt. Verschiedene Jahre war er auch Vertrauensmann
unserer Zahlstelle mit dem besten Erfolg. Durch sein ruhiges, fähiges
Wesen hat er sich die Liebe und Achtung seiner Kameraden erworben
und werden ihm dieselben ein dauerndes Andenken bewahren, indem sie
ihm gedenken.
Ersterwartung der Zahlstelle Wassen III/IV.

